SPD, Einheitsfront und wir

Von Fritz Selbmann

II.

In allen Artikeln der SPD-Presse und in allen Diskussionen über die Einheitsfront, auf die die SPD-Führer Einfluß haben, tritt uns die zweite „Bedingung" der SPD-Führer für die Bildung der proletarischen Einheitsfront entgegen, die folgendermaßen lautet: die Einheitsfront kann nur auf zentralem Wege, d. h. durch Verhandlungen der zentralen Leitungen, geschaffen werden. Am klarsten und eindeutigsten sagt das der SPD-Parteivorstand, der in seinem Brief an die Bezirksleitungen zum Schluß schreibt:

„Jeder politisch Geschulte weiß, daß erfolgversprechende Verhandlungen nur von den zentralen Parteileitungen geführt werden können. Lokale Verhandlungen schaffen statt Einigkeit und Klarheit nur Uneinigkeit und Verwirrung. Sie sind deshalb streng zu vermeiden."

Damit sagen die SPD-Führer klar und eindeutig, daß sie jede Einheitsfrontaktion der unteren Organisationseinheiten und der sozialdemokratischen Arbeiter mit den Kommunisten ablehnen und bekämpfen. Damit ist die Frage gestellt nach dem Charakter der Einheitsfront, wie wir sie wollen. Damit ist die Frage gestellt: „Einheitsfront von oben" oder „Einheitsfront von unten".

Die KPD hat in langem und zähem innerparteilichen Ringen die politische Linie ihrer gegenwärtigen Politik herausgearbeitet und im wahrsten Sinne des Wortes herausgekämpft. Diese innerparteilichen Kämpfe in der KPD, in denen die KPD zu einer festen bolschewistischen Partei geworden ist, wurden immer geführt um die Frage der Anwendung der Einheitsfronttaktik und um den Charakter der Einheitsfrontpolitik unserer Partei. Darum ist die Frage nicht ein Problem, das wir erst jetzt zu entscheiden haben, sondern das in dem jahrelangen innerparteilichen Ringen klargestellt wurde. Statt aller eigenen Ausführungen sei hier aus dem Artikel des Genossen Thälmann aus der letzten Nummer der „Internationale" die Stelle zitiert, die am klarsten den Inhalt unserer Einheitsfrontpolitik aufzeigt:

„Nicht Blockpolitik mit den sozialdemokratischen Führern, nicht und niemals Einheitsfrontpolitik nur von oben, sondern Einheitsfrontpolitik von unten auf der Grundlage der Betriebe und Stempelstellen, der Massenmobilisierung zum Kampf, entspricht den Bedingungen der heutigen Lage. Das schließt in bestimmten Fällen und vor allem in einem Stadium der höher entfalteten Massenbewegung die Anwendung der Einheitsfronttaktik von unten und oben im revolutionären Sinne nicht aus."

Das ist der Inhalt unserer revolutionären Einheitsfrontpolitik. Diesen revolutionären Inhalt unserer Einheitsfronttaktik gilt es, den um die Einheit der Arbeiterklasse ringenden Arbeitern, insbesondere den sozialdemokratischen Arbeitern zu erläutern und näherzubringen, die Einheitsfront in diesem revolutionären Sinne zu schaffen. Aber auch manchen unserer kommunistischen Genossen gegenüber gilt es, diese Linie der Einheitsfrontpolitik zu behaupten und durchzusetzen. Nicht nur jenen jungen und in den taktischen innerparteilichen Kämpfen der Partei unerfahrenen Genossen gegenüber, sondern auch manchen unserer alten Genossen und Funktionäre, die gegenwärtig, wo vor uns nichts anderes steht, als die Aufgabe der Schaffung der kämpfenden Einheitsfront, nichts anderes und nichts Besseres zu tun haben, als in säuberlich ausgesuchtem und ausgehobtem Kreise „paritätisch" gebildeter Komitees, Parolen und papierene Aufrufe zu schultern und die eine solche Politik für eine Politik der Einheitsfront von unten halten. Auch jenen Genossen gegenüber ist das Zitat aus dem Artikel des Genossen Thälmann gewidmet, die selbst eine solche faule Einheitsfrontpolitik unter Verzicht auf wirkliche Kampfmobilisierung machen, aber andererseits selbst bei jedem Beispiel der Anwendung der Einheitsfronttaktik von oben im revolutionären Sinne, also zur Förderung der Einheitsfront von unten (wie z. B. bei dem taktischen Vorgehen der preußischen Landtagsfraktion) bedenklich mit den Ohren wackeln und geradezu Angstzustände bekommen, daß „die Linie verbogen werden könnte".

Was ist denn nun diese Einheitsfrontpolitik, die uns die SPD-Führer und natürlicherweise mit besonderer Zungenfertigkeit ihre „linken" Trabanten, die Herren Trotzki, Seydewitz und Brandler, empfehlen? Trotzki empfiehlt uns den **„Block mit dem Teufel und seiner Großmutter, mit Noske und Grzesinski"**. Max Seydewitz, sekundiert von Brandler, empfiehlt uns zum höheren Ruhm eines Reichstagsmandates für Seydewitz, bei der bevorstehenden Reichstagswahl die **„Listenverbindung aller proletarischen Parteien"**, d. h. also die parlamentarische Verballhornung der proletarischen Einheitsfrontpolitik und das Bündnis mit Reformismus und Antikommunismus. Friedrich Stampfer fordert von uns nichts anderes als die Kleinigkeit, von nun an **im Parlament stets und immer mit der SPD zu stimmen** — d. h. also, gegen die Amnestie für proletarische Gefangene stimmen oder, wie im Sächsischen Landtag, mit der SPD für den reaktionären Etat der Schieck-Regierung votieren — und gestattet uns, wenn im Einzelfall ein solch klassenfeindliches Verhalten im Parlament mit unserem Gewissen kollidiert, uns der Stimme zu enthalten. Und die Saupe und Liebmann, denen aus Eigenem nichts einzufallen vermag, laden uns schlicht und bieder ein, **uns einzugliedern in die „Eiserne Front"**, in jene Front, die zu keinem anderen Zweck geschaffen wurde, als den „Hüter der republikanischen Verfassung", den Generalfeldmarschall von Hindenburg, zum Reichspräsidenten wiederzuwählen und die sich gerade dabei als der grandioseste Betrug an den Arbeitern erwiesen hat.

Diese „Einheitsfrontangebote" der sozialdemokratischen Führer und ihrer „linken" Agenten laufen also auf nichts anderes hinaus, als auf die Forderung der Preisgabe unserer revolutionären Politik, ja, letzten Endes auf die Preisgabe der Rolle unserer Partei als revolutionäre Avantgarde der proletarischen Klasse. Wir sollen aufhören, revolutionäre Politik im Parlament und insbesondere außerhalb des Parlamentes zu treiben. Wir sollen aufhören, den Verrat sozialdemokratischer Führer aufzuzeigen und die Massen zum revolutionären Kampf zu mobilisieren. Wir sollen aufhören, eine revolutionäre Partei zu sein. Wir sollen teilnehmen am Verrat der Arbeiterklasse durch die SPD-Führer. Wir sollen mithelfen, die Arbeiter in die „Eiserne" Hindenburg-Front hineinzutreiben. Wir sollen also nichts mehr und nichts weniger, als den Reformismus und Klassenverrat tolerieren und an ihm teilnehmen, dann sind die Führer der SPD zur „Einheitsfront" mit uns bereit.

Und man muß sagen, sie geben sich die redlichste Mühe, die Arbeiter für diese Art „Einheitsfront", für diese Politik des Reformismus und Klassenverrates zu gewinnen. Zur Begründung dieser Art „Einheitsfrontpolitik" scheuen sie sich nicht, sogar Lenin zu zitieren, denselben Lenin, der Zeit seines Lebens ein glühender Revolutionär und unversöhnlicher Feind des Reformismus und Opportunismus war, denselben Lenin, den sie und dessen Werk sie jahrzehntelang bekämpft und verhöhnt, beschimpft und begeifert haben.

In der Chemnitzer Volksstimme beruft sich Böchel auf Lenins Lehre über Kompromisse und Trotzki beruft sich auf die Taktik Lenins beim Kornilow-Putsch im Jahre 1917. All diesen Versuchen gegenüber, Lenin für diese klassenverräterische Politik der Einheitsfront von oben, der „Blockbildung", des Bündnisses und des Burgfriedens mit Reformismus und Klassenverrat, mit Beschlag zu belegen, zitiert der Genosse Thälmann in seinem Artikel jene Stelle aus dem Brief Lenins im August 1917, in dem es heißt:

„Es ist schwer zu glauben, daß sich unter den Bolschewiki solche Einfaltspinsel und Schufte befinden können, die sich jetzt zu einem Block mit den Vaterlandsverteidigern hergeben würden... Mit Leuten, die endgültig ins Lager der Feinde übergegangen sind, verhandelt man nicht, mit ihnen schließt man keine Blocks"

Die Einheitsfrontpolitik, die uns die SPD-Führer, ihre Trotzkis, Seydewitze und Brandler empfehlen, das ist die Einheitsfrontpolitik, die gleichbedeutend ist mit dem Verzicht auf den revolutionären Kampf, ja gleichbedeutend mit einem Verzicht auf die proletarische Revolution.

Was sie uns bieten und was sie von uns fordern und was sie haben möchten, das ist die Einheitsfront im Reformismus.

Wir aber wollen die Einheitsfront des revolutionären Kampfes! (Fortsetzung folgt.)

50000 Antifaschisten bei der Thälmann-Kundgebung in Wuppertal

Massenaufmarsch in roter Einheitsfront für Liste 3. „Wir werden Hitler den Weg zur Macht verbarrikadieren"

Wuppertal, 13. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Der Massenaufmarsch im Wuppertaler Stadion gestaltete sich zu einem gewaltigen Triumph des Wuppertales. Das Wuppertal erlebte die größte Kundgebung überhaupt. Mehr als 50 000 Werktätige hatten sich im Stadion eingefunden. In den umliegenden Orten und Straßen waren weitere 10 000 zusammengeströmt, um das gewaltige Ereignis der Thälmann-Kundgebung mit zu erleben.

Schon in den frühen Morgenstunden zogen aus den Orten und Städten des Wuppertales die starken Kolonnen der revolutionären Arbeiter nach dem Stadion. In die anmarschierenden Züge hatten sich **starke Gruppen der „Eisernen Front" eingereiht**, obwohl die Leitungen der „Eisernen Front" die Teilnahme an der Kundgebung streng verboten hatten. **Die größten Betriebe** des Niederrheins waren durch Hunderte von starken Delegationen vertreten. An der Kundgebung nahm auch die gesamte **streikende Belegschaft Hammenlahr, Solingen, teil.**

Gewaltiger Jubel brach los, als der Führer der Kommunistischen Partei, Ernst Thälmann, das Stadion betrat. Von allen Seiten dröhnte das „Rot Front!" über das Stadion.

Der Kampfappell des Genossen Thälmann wurde mit brausendem Jubel aufgenommen.

Thälmann sagte in seinem Referat:

Es wäre an der Zeit, alles zu tun, um den blutigen Terror der Nazibanden zu unterbinden. Die Kundgebung finde in einer historischen Zeit statt. Während wir hier zum Massenmeeting versammelt sind, haben die belgischen Arbeiter den Generalstreik beschlossen. Diese gewaltige Heerschau hat nicht nur Bedeutung für den Bezirk hier, sondern sie hat Bedeutung für die gesamte deutsche Arbeiterschaft.

Wir wissen, daß die Regierung sich die Aufgabe gestellt hat, die unmittelbare Aufrichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland durchzuführen. Aber

wenn diese Regierung glaubt, ihre Tributpolitik und ihre Notverordnungsmaßnahmen — gestützt auf die Bajonette der Reichswehr, auf die Pistolen der Schupo und auf die SS- und SA-Abteilungen — heute durchführen zu können, so sagen wir nicht nur hier, sondern in ganz Deutschland: Ihr habt zu rechnen mit den Millionen Arbeitern und Arbeiterinnen, mit der gesamten revolutionären, kampfgewillten Jugend! Ihr habt zu rechnen mit der Partei, die bei den ausgebeuteten Massen steht, die mit ihnen kämpft und mit ihnen die faschistische blutige Diktatur zerschmettern wird! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Seit der Zeit, in der das Dekret zur Legalisierung der SS und SA erlassen wurde, wurden über 75 antifaschistische Kämpfer in Deutschland gemordet — durch feigen Meuchelmord, braunen Mordpest niedergestreckt! (Stürmische Pfui-Rufe.) Allein am letzten Sonntag wurden 17 Tote und 191 Verwundete in Deutschland gemeldet. (Erneute stürmische Empörungsrufe.) Ich glaube, wir können mit vollem Recht sagen, wenn die Deutsche Kommunistische Partei nicht schon vor Wochen den Kampf um die Organisierung der Antifaschistischen Aktion herausgestellt und die sofortige Organisierung tatkräftig in Angriff genommen hätte, dann wäre die Zahl der Opfer des faschistischen Mordterrors in Deutschland schon viel größer.

Die Kommunisten werden alles tun, um Hitler den Weg zur Macht zu versperren und diesen Weg zu verbarrikadieren!

Wir werden alles tun, um mit der roten antifaschistischen Armee die braune System-Armee Hitlers zu schlagen! Wir sagen aber mit gleicher Schärfe: Niemals wieder Weimarer Republik — nie wieder Zörgiebel- und Noske-Diktatur — niemals wieder einen Rattenfänger von Notverordnungen, wie unter Severing-Brüning-Hindenburg! Niemals wieder das Golgatha des imperialistischen Krieges mit seinen drückenden Lasten für das Proletariat, wie die Zeit von 1914 bis heute!

Wir stellen **alle Antifaschisten** vor eine große historische Aufgabe: Wir wollen **Schluß machen** mit dem ganzen System der **finanzkapitalistischen Diktatur.** Wir wollen die Herrschaft der Arbeiter und Bauern — wir wollen den Sozialismus! Wir Kommunisten, die einzigen Führer des antifaschistischen Kampfes sagen: Wir wollen nach russischem Muster den verschlungenen Knoten der kapitalistischen Wirtschaft zerreißen!

Die Aufforderung Thälmanns, den russischen Weg zu beschreiten, löste beispiellose Begeisterung aus. Mit derselben Begeisterung wurde das **antifaschistische** Kampfgelöbnis abgelegt.

Tausende waren sich dessen bewußt, daß von dieser Kundgebung aus eine Welle kühnster und offensivster Vorstöße in den Betrieben und auf den Stempelstellen ausgehen wird.

Die Dresdner Arbeiter müssen durch diese gewaltige Kundgebung darüber hinaus angeregt werden, die gewaltigste Massenmobilisation für den 19. Juli zu entfalten unter der Losung:

In Massen heraus, wenn Thälmann nach Dresden kommt!

Plauener Betriebe beschließen Streik

gegen viehischen Nazimeuchelmord am Genossen Toß

Unter der gesamten Arbeiterschaft Plauens herrscht wegen des Meuchelmordes der Nazis an dem Arbeiter Willy Toß gewaltige Empörung, die sich noch gesteigert hat, als die Nazibanden in ihrem Revolverblatt, dem „Freiheitskampf", mit dreister Stirn geschwindelt haben: „Kommune erschießt den eigenen Genossen!"

Nachdem bereits gestern eine im Zeichen der Einheitsfront durchgeführte Massenprotestkundgebung stattgefunden hat, haben bis jetzt die Belegschaften der städtischen Gaswerke, des Tiefbauamtes und der Baumwollspinnerei beschlossen, heute, am Tage der Beisetzung des ermordeten Genossen Toß, in den Proteststreik zu treten.

Massenstreikbeschlüsse im Reich

Die Pflichtarbeiter von Eckernförde sind wegen des Mordes an dem Reichsbannerarbeiter in den Proteststreik getreten. An einem Tage wurden in Eckernförde als Antwort auf den Nazimord 7 Selbstschutzstaffeln unter Teilnahme von SPD- und Reichsbannerarbeitern gebildet. Gegen den blutigen Ueberfall in Eckernförde sind auch die Schweißer der Deutschen Werke — einer Kieler Werft — in den Streik getreten.

In Schleswig hat die Belegschaft einer Baufirma die sofortige Entlassung von drei Nazibanditen beschlossen. Streikbeschlüsse liegen weiter vor aus der Holzhandlung Graf, Eckernförde.

In Trier werden am Tage der Beerdigung des von Hitlerbanden ermordeten Reichsbannerarbeiters Bläs alle Betriebe, auch die Straßenbahner, den Proteststreik durchführen.

Naziterror in Chemnitz durch rote Einheitsfront zurückgeschlagen

Am Montagabend, als sich das Reichsbanner zu einem Generalappell stellte, wurden einzeln gehende Reichsbannerarbeiter von Nazibanditen angefallen, wogegen sie sich gemeinsam mit kommunistischen und parteilosen Arbeitern zur Wehr setzten.

Die Arbeiter schlugen die Nazis in die Flucht,

wobei es auf beiden Seiten Verletzte gab. Ein Reichsbannerarbeiter wurde erheblich durch Messerstiche in den Kopf verletzt.

SPD-Bittgänge zur Papenregierung

Reichskanzler und Innenminister verhandeln mit Hindenburg über schärfere Maßnahmen gegen die revolutionäre Arbeiterschaft. Arbeiter, verteidigt eure Partei!

Die Mitglieder des Parteivorstandes der SPD, Wels und Breitscheid, machten gestern einen neuen Bittgang zum Reichsinnenminister von Gayl. Sie unterbreiteten ihm Material über die Terroraktionen der SA auf Gewerkschaftshäuser und Reichsbannerarbeiter. Gayl lehnte das geforderte Verbot der Uniformierung und Kasernierung strikte ab.

Selbstverständlich ist von der Papenregierung nichts anderes zu erwarten. Die Parteiführer der SPD wollen mit ihrem Bittgang den Arbeitern nur vortäuschen, daß sie gegen den faschistischen Terror etwas unternehmen. Aber immer mehr SPD-Arbeiter werden erkennen, daß mit Audienzen bei Papenministern nichts im Interesse der Arbeiter erreicht wird, und daß der Kampf gegen den Faschismus in den Reihen der Antifaschistischen Aktion das Gebot der Stunde ist.

Der Reichskanzler Papen und sein Innenminister Gayl fahren heute abend zu Hindenburg nach Neudeck, um in der Linie der am Montag und gestern stattgefundenen Regierungsbesprechungen schärfere Maßnahmen gegen die revolutionäre Arbeiterschaft zu erörtern. In diesem Zusammenhange sei daran erinnert, daß der sozialdemokratische Führer Arzt schon vor Wochen in einer Versammlung in Riesa erklärt hat, daß er bestimmt wisse, daß die Kommunistische Partei am 17. Juli verboten würde.

Unstreitig steht fest, daß den Besprechungen in Neudeck entscheidende Bedeutung zukommt. Dort ist das Papenkabinett formell geboren, der Pakt mit den Nazis abgeschlossen worden und dort werden jetzt schärfere Diktaturmaßnahmen gegen die revolutionäre Arbeiterschaft vorbereitet. Aber die Spekulationen der faschistischen Bourgeoisie, mit Verbot und Staatsterror den Widerstandswillen der Arbeiterschaft zu brechen, wird ebenso fehlgehen wie die der SPD-Führerschaft, mit dem Verbot der KPD ein gutes Wahlgeschäft zu machen. Die Arbeiter kämpfen mit ihrer KPD und verteidigen ihre Partei in Antifaschistischer Aktion.

Terrorurteile gegen Erwerbslose

Chemnitz, 12. Juli 1932.

Gestern fand vor dem Schnellschöffengericht zu Chemnitz ein Prozeß gegen 8 Wüstenbrander Erwerbslose wegen „schweren Aufruhrs und Landfriedensbruchs" statt. Das „Verbrechen" der Angeklagten bestand darin, daß sie sich am 6. Mai, an dem Tage, an dem die Hungersätze der „Wohlfahrt" abgebaut wurden, geweigert hatten, die gekürzten Unterstützungssätze anzunehmen, und gegen den Abbau protestierten. Die Angeklagten wurden insgesamt zu 66 Monaten Gefängnis verurteilt. Dieses ungeheuerliche Urteil gegen erwerbslose Arbeiter wird einen Sturm der Empörung in der Arbeiterschaft hervorrufen.